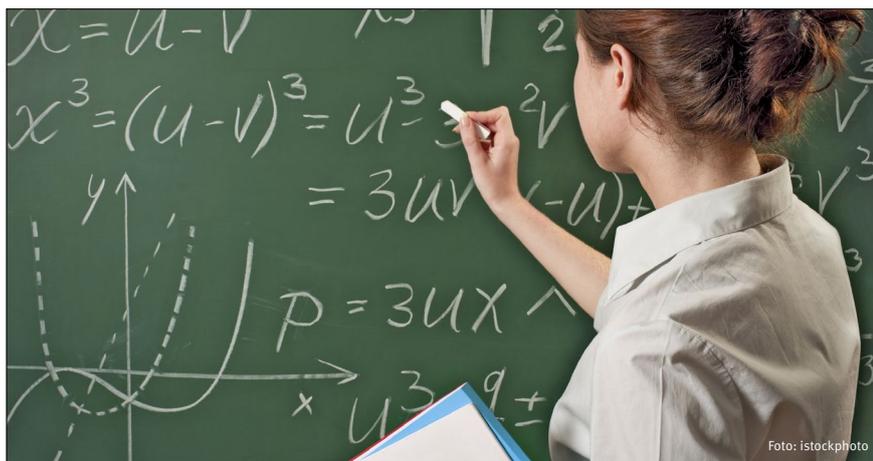


mit Schwerpunkt Innovationen

Geringeres Selbstvertrauen schadet Leistung von Mädchen in Mathematik

Mädchen erreichen im Alter von 15 Jahren im Durchschnitt schlechtere Noten in Mathematik als Jungen. Eine Studie des ZEW zeigt, dass diese Leistungslücke teilweise durch das geringere Selbstvertrauen der Mädchen in Bezug auf Mathematik zu erklären ist.



15-jährige Mädchen zeigen tendenziell schlechtere Leistungen in Mathematik als gleichaltrige Jungen.

Obwohl die Bildungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen in den vergangenen Jahren gesunken sind, haben Jungen am Ende der Sekundarschule einen erheblichen Vorsprung in Mathematik. Dies hat langfristige Konsequenzen für die Studien- und Berufswahl von Mädchen und somit für die Verfügbarkeit von Fachkräften.

In der Literatur werden verschiedene mögliche Erklärungsfaktoren für die Leistungslücke in Mathematik diskutiert. Dennoch bleibt sie bisher weitgehend unerklärt. Kulturelle und soziologische Faktoren scheinen wichtige Determinanten zu sein. So wird häufig davon ausgegangen, dass Schüler eine bessere Leistung erbringen, wenn sie von Lehrkräften des gleichen Geschlechts unterrichtet

werden. Demzufolge könnte ein höherer Anteil an Mathematiklehrerinnen ein Vorbild für Mädchen darstellen oder zu der Anwendung didaktischer Methoden führen, die für Mädchen besser geeignet sind. Die wissenschaftliche Evidenz dazu ist jedoch nicht eindeutig.

Um diese Annahmen zu überprüfen, wertete die Studie (Discussion Paper Nr. 10-101) die erweiterten PISA Daten des Jahres 2003 für Deutschland aus. Dieser repräsentative Datensatz liefert detaillierte Informationen zu rund 3.000 15-Jährigen, unter anderem zu ihrer mathematischen Leistung, zur Selbsteinschätzung der eigenen Leistung im Fach Mathematik, oder auch zum Kindergartenbesuch. Überdies fließen Informationen

zum Elternhaus in die Analyse ein, etwa zum Bildungsgrad oder Erwerbsstatus der Eltern sowie zur geleisteten Unterstützung des Kindes. Außerdem berücksichtigt die Studie Daten der Mathematiklehrkräfte, und der Schulen, beispielsweise zur Infrastruktur und Klassengröße.

Zunächst untersucht die Studie den Effekt des Anteils der Mathematiklehrerinnen an allen Mathematiklehrkräften in der Sekundarschule auf die Leistungslücke. Unsere Schätzung zeigt, dass der Anteil der Mathematiklehrerinnen keinen Einfluss auf die Leistungsunterschiede von Jungen und Mädchen im Fach Mathematik hat. Demzufolge scheint es nicht damit getan, den Anteil der Lehrerinnen an allen Lehrkräften für Mathematik zu erhöhen, um den Leistungsrückstand der Mädchen zu verringern.

In einem weiteren Schritt nimmt die Studie die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen beim Selbstvertrauen und bei

IN DIESER AUSGABE

Geringeres Selbstvertrauen schadet Leistung von Mädchen in Mathematik	1
Familienunternehmen lassen sich Unabhängigkeit etwas kosten.	2
Kreativwirtschaft lebt vom engen Kontakt mit Kunden und Geschäftspartnern	3
Informations- und Kommunikationstechnologien sind Wegbereiter für Innovationen	4
Ballungszentren sind Zugpferde der High-Tech-Branche in Deutschland.	5
Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien ökonomisch nicht sinnvoll	6
Wenig Anlass bei der Lohnpolitik umzusteuern	7
Volker Wieland spricht beim ZEW Research Seminar	9
DATEN UND FAKTEN	11
STANDPUNKT	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

der extrinsischen Motivation in Bezug auf Mathematik in den Blick. Obwohl Mädchen im Durchschnitt häufiger das Gymnasium besuchen und ihre Eltern höhere schulische Erwartungen an sie haben, zeigt die Studie, dass sie weniger an ihre mathematische Leistungsfähigkeit glauben als Jungen. Des Weiteren sind Jungen öfter davon überzeugt, dass sie Mathematik in ihrem zukünftigen Beruf brauchen werden. Im Unterschied zu der Anzahl weiblicher Lehrkräfte scheinen das geringere Selbstvertrauen und die ex-

trinsische Motivation bezüglich Mathematik bei Mädchen zur Erklärung der Leistungslücke beizutragen.

Die Analyse des ZEW zeigt ferner, dass kein Unterschied in der mathematischen Leistung zwischen Jungen und Mädchen vorhanden ist, deren Familien mehr als 500 Büchern zu Hause haben. Der positive Effekt der Anzahl der Bücher zu Hause – ein Maß für die Einstellung der Eltern gegenüber Bildung – auf die mathematische Leistung der Mädchen könnte

damit zusammenhängen, dass Mädchen in diesen Familien über ein größeres Selbstvertrauen verfügen. Eine mögliche Interpretation ist, dass in diesen Familien weniger negative Stereotypen hinsichtlich der mathematischen Begabung von Mädchen existieren. Es ist wünschenswert, künftig die Ermittlung von Stereotypen bezüglich mathematischer Begabung durch die Eltern und die Lehrer in Zusammenarbeit mit Psychologen zu untersuchen.

Dr. Maresa Sprietsma, sprietsma@zew.de

Familienunternehmen lassen sich Unabhängigkeit etwas kosten

Familienunternehmen sind häufiger bereit, Investitionen und Innovationen mit kurzfristigen und damit relativ teureren Krediten zu finanzieren. Ursache sind jedoch nicht stärkere Finanzierungsrestriktionen, sondern Familienunternehmen wollen damit ihre unternehmerische Unabhängigkeit bewahren.

Eine Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 11-006) vergleicht 1.417 Familienunternehmen mit 1.195 Nicht-Familienunternehmen in Deutschland hinsichtlich ihres Finanzierungsverhaltens und der entsprechenden Gründe, die hinter der Wahl verschiedener Finanzierungs-

quellen stehen. Als Familienunternehmen gelten der Studie zufolge Unternehmen, die sich zu mindestens 50 Prozent in der Hand einer Familie befinden.

Die Analyse wertet Daten des Mannheimer Innovationspanels aus dem Jahr 2007 sowie Informationen der Kreditauskunftei Creditreform aus. Es zeigt sich, dass Familienunternehmen in deutlich stärkerem Umfang auf kurzfristige und damit teurere Finanzierungsmittel zurückgreifen, um langfristige Investitionen zu tätigen und Innovationsprojekte zu realisieren. So nutzen beispielsweise 30 Prozent der Familienunternehmen zur Investitionsfinanzierung Dispositionskredite; bei den Nicht-Familienunternehmen sind es lediglich 19 Prozent.

Zur Finanzierung von Innovationen greifen gut 24 Prozent der Familienunternehmen und lediglich 14 Prozent der anderen Unternehmen auf diese kurzfristigen Kreditformen zurück. Die ökonometrischen Schätzungen des ZEW zeigen darüber hinaus, dass insbesondere größere Familienunternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten signifikant häufiger als andere, ansonsten ähnliche Unternehmen

kurzfristige Kredite nutzen. Gleichzeitig weisen diese Unternehmen eine höhere Kreditwürdigkeit auf als Nicht-Familienunternehmen. Demnach kann die stärkere Nachfrage der Familienunternehmen nach kurzfristigen und teureren Finanzierungsmitteln nicht plausibel darauf zurückgeführt werden, dass ihnen keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten offen stehen.

Gefahr der Abhängigkeit vom Kreditgeber

Stattdessen könnte der Wunsch nach größerer Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern der Grund für die Präferenz kurzfristiger, flexibel einsetzbarer Kredite sein. Für dieses Argument liefern die empirischen Daten weitere Evidenz, da insbesondere die größeren Familienunternehmen angeben, sich bei Gefahr größerer Abhängigkeit von einem Kreditgeber gegen weitere Kreditaufnahmen zu entscheiden. Insgesamt bestätigen die Ergebnisse damit die in der Literatur häufig geäußerte Vermutung, dass Flexibilität und Unabhängigkeit von externen Kapitalgebern für Familienunternehmen große Bedeutung hat und die Unternehmen dafür auch höhere Kreditkosten in Kauf nehmen.

Dr. Bettina Peters, b.peters@zew.de
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



Familienunternehmen nehmen höhere Kreditkosten in Kauf, um flexibel und unabhängig zu bleiben.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Kreativwirtschaft lebt vom engen Kontakt mit Kunden und Geschäftspartnern

Die Kreativwirtschaft gilt als eine Zukunftsbranche hoch entwickelter Volkswirtschaften. So gehört in Österreich bereits jedes zehnte Unternehmen zur Kreativwirtschaft und der Bereich trägt in ähnlich hohem Maße zur Bruttowertschöpfung des Landes bei wie der Tourismus.



Foto: istockphoto

Österreichs Kreative arbeiten meist in Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten.

Obwohl bislang keine einheitliche Definition festlegt, welche Bereiche zur Kreativwirtschaft gehören, gelten Kreativität, Wissen und schöpferische Fähigkeiten als entscheidende Merkmale der Kreativwirtschaft. Die Kreativwirtschaft wird als Quelle für Innovationen angesehen, die die Wettbewerbsfähigkeit moderner Volkswirtschaften beeinflussen. Der vierte österreichische Kreativwirtschaftsbericht, den das ZEW zusammen mit KMU Forschung Austria und Joanneum Research erstellt hat, ordnet der Kreativwirtschaft die Un-

ternehmen zu, die sich mit der Schaffung, Produktion und Distribution von kreativen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen beschäftigen. Im Einzelnen sind dies die Branchen Architektur, Content (Musik, Buch & künstlerische Tätigkeit, Radio & TV, Video & Film), Design, Software & Games, Verlage und Werbung.

Der Bericht macht unter anderem deutlich, dass die Anzahl der Unternehmen und der abhängig Beschäftigten in der österreichischen Kreativwirtschaft zwischen den Jahren 2004 und 2008 um mehr als

zehn Prozent gestiegen ist. Im Jahr 2008, für das die jüngsten amtlichen Zahlen zur Verfügung stehen, gehörte jedes zehnte Unternehmen zur Kreativwirtschaft. Dies entspricht 36.100 Unternehmen, in denen 127.000 Personen (davon etwa 92.400 abhängig Beschäftigte) tätig waren. Der Anteil an der Bruttowertschöpfung der österreichischen Volkswirtschaft betrug 3,5 Prozent. Dies ist ein ähnlich hoher Beitrag wie der der in Österreich traditionell sehr starken Tourismusbranche.

Leistung stark am Kunden orientiert

Ein Strukturmerkmal der Kreativwirtschaft ist, dass es sich in der Mehrzahl um sehr kleine Unternehmen handelt. In Österreich sind 63 Prozent der Kreativunternehmen Ein-Personen-Unternehmen, ein weiteres Drittel hat weniger als zehn Mitarbeiter. Die Fragen, die sich angesichts dieser Organisationsstruktur stellen, sind: Wie erbringen die Kreativen ihre Leistungen? Welche Rolle spielen Geschäftspartnerschaften? In welcher Form werden die Kreativleistungen an Kunden vermarktet? Der Kreativwirtschaftsbericht zeigt, dass die Leistungen der Kreativen sehr stark auf ihre Kunden ausgerichtet sind. 84 Prozent geben an, ihre Produkte für jeden Kunden neu zuzuschneiden. Die Kunden sind dabei in der Regel Unternehmen, die ihren Geschäftssitz im Radius von einer Stunde Fahrtzeit vom anbietenden Kreativunternehmen haben. Die Ideen für ihre Produkte entwickeln die kreativen Unternehmen in erster Linie selbst. 44 Prozent greifen bei der Leistungserstellung ausschließlich auf eigene Ideen zurück und weitere 38 Prozent kombinieren ihre Ideen mit denen von Geschäftspartnern oder Kunden. Insbesondere Geschäftspartnerschaften spielen für die kreativen Unternehmen eine wichtige Rolle. Drei Viertel der Unternehmen arbeiten mit anderen Unternehmen zusammen, um Kundenaufträge zu erfüllen. In der Regel sind die Partner dabei selber Kreative.

Dr. Bettina Müller, bettina.mueller@zew.de

TERMIN

Workshop „Health and Human Capital“

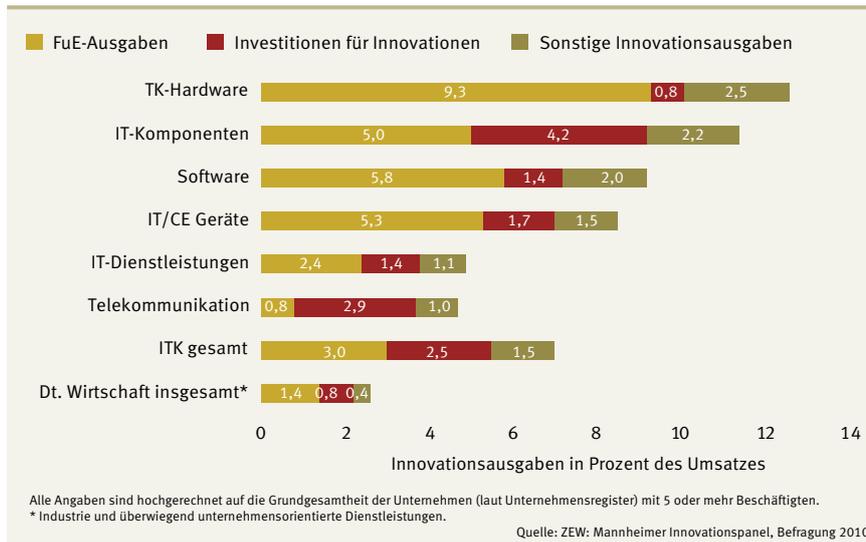
Vom 21. bis 22. Juli 2011 veranstaltet das ZEW in Zusammenarbeit mit der University of North Carolina at Greensboro einen englischsprachigen Workshop zum Thema „Gesundheit und Humankapital“. Im Rahmen des Workshops sollen Forscherinnen und Forscher aus den Bereichen der empirischen Gesundheits-, Bildungs-, und Arbeitsmarktökonomik sowie verwandter Disziplinen wissenschaftlich miteinander diskutieren. Insbesondere sollen die Beziehungen zwischen Gesundheit, Humankapital und Arbeitsmarkt besprochen werden. Beiträge können bis zum 15. April 2011 an health@zew.de eingereicht werden. Weitere Informationen und Call for Papers unter www.zew.de/health2011

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Informations- und Kommunikationstechnologien sind Wegbereiter für Innovationen

Die IKT-Branche gehört zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Sieben Prozent ihres Umsatzes investierte die Branche im Jahr 2010 in Innovationsprojekte. Als Querschnittstechnologie bieten IKT zahlreiche Impulse für Innovationen in anderen Branchen.

Innovationsausgaben als Anteil des Umsatzes in der IKT-Branche in Deutschland 2010



Die IKT-Branche gehört zu den innovativsten Wirtschaftszweigen in Deutschland. Im Jahr 2010 gaben die IKT-Unternehmen durchschnittlich sieben Prozent des Branchenumsatzes für Innovationsprojekte aus. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Schnitt der Gesamtwirtschaft, die auf 2,6 Prozent kommt. Unter den IKT-Teilbranchen liegen die Hersteller von Kommunikationstechnik mit 12,6 Prozent vom Umsatz vor den Software-Anbietern mit 9,2 Prozent. Dies sind zentrale Ergebnisse einer Studie des ZEW im Auftrag des Hightech-Verbands BITKOM.

IKT-Standort Deutschland

Insgesamt 81 Prozent der Anbieter von Software und IT-Services sowie 78 Prozent der Hardware-Hersteller haben im Jahr 2010 neue Produkte oder Dienste auf den Markt gebracht. Das ist der mit Abstand höchste Wert aller Branchen in Deutschland. Im Branchen-Ranking fol-

gen die Elektrotechnik mit 70 Prozent aller Unternehmen sowie die Chemie- und Pharma-Industrie mit 69 Prozent. Im Maschinenbau führen 64 Prozent der Unternehmen Innovationen ein.

Deutschland zählt zu den weltweit wichtigsten Forschungs- und Innovationsstandorten in der IKT. 12 Prozent der internationalen Patentanmeldungen im Bereich IKT stammen von deutschen Erfindern, das ist der dritthöchste Wert hinter den Vereinigten Staaten und Japan. Dieser Wert konnte trotz des massiven Vordringens von China, Korea und Taiwan in diesem Technologiefeld gehalten werden. Aber der Vorsprung droht verloren zu gehen: Mit einem Plus von 4,0 Prozent pro Jahr wachsen die FuE-Ausgaben der deutschen IKT langsamer als im weltweiten Mittel (plus 6,8 Prozent). Die geringe Dynamik der FuE-Ausgaben für IKT stellt, gepaart mit dem Fachkräftemangel und der Globalisierung von Forschung und Produktion, eine große Herausforderung

für den IKT-Standort Deutschland dar. Als Querschnittstechnologie gehen von IKT zahlreiche Impulse für Innovationen in anderen Branchen aus. Rund 40 Prozent der innovativen Unternehmen nutzten im Jahr 2010 IKT, um neue Marktangebote hervorzubringen. Dank neuer technologischer Möglichkeiten und Trends wie mobiles Internet, Cloud Computing und leistungsfähigeren Internetanschlüssen wird dieser Anteil 2011 weiter steigen.

Staatliche FuE- Förderung seit Jahren rückläufig

Um die Innovationsanstrengungen in der IKT-Wirtschaft zu stärken, ist eine angemessene staatliche Unterstützung für FuE notwendig. In den vergangenen Jahren ist in Deutschland der Anteil staatlicher Finanzierungsbeiträge zu den FuE-Ausgaben der Wirtschaft kontinuierlich gesunken und liegt unter dem Niveau der meisten anderen Industrieländer. Um hier aufzuholen, empfiehlt sich eine stärkere steuerliche Forschungsförderung. Sie hat sich in den vergangenen Jahren als besonders wirksames Mittel zur Stimulation von Innovationsanstrengungen erwiesen, die in mehr als zwei Dritteln aller OECD-Staaten genutzt wird.

Die Studie beruht auf einer repräsentativen Befragung von ZEW und infas im September 2010 von 1.000 innovativen Unternehmen in IKT-Nutzerbranchen sowie auf einer Befragung von ZEW und Creditreform im September 2010 von 800 Dienstleistungsunternehmen der Informationswirtschaft. Darüber hinaus wertet die Studie Ergebnisse der Deutschen Innovationserhebung 2010 aus, die von ZEW und Fraunhofer ISI im Frühjahr und Sommer 2010 durchgeführt wurde und in der unter anderem rund 750 Unternehmen der IKT-Branche befragt wurden.

Die Studie findet sich im Internet unter www.zew.de/publikation6015

Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de
Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

Ballungszentren sind Zugpferde der High-Tech-Branche in Deutschland

Frankfurt macht sich in Deutschland nicht nur als Finanzhauptstadt einen Namen, auch beim Thema High-Tech-Gründungen steht die Mainmetropole an der Spitze Deutschlands. Dies geht aus einer Studie hervor, die das ZEW in Zusammenarbeit mit Microsoft Deutschland auf Basis der 80 IHK-Bezirke durchgeführt hat.



Frankfurt weist die höchste Gründungsintensität im High-Tech Sektor in Deutschland auf.

Vor allem dicht besiedelte IHK-Bezirke haben eine hohe Gründungsintensität in den High-Tech-Branchen, insbesondere bei den technologieorientierten Dienstleistern. So kommen im IHK-Bezirk Frankfurt knapp vier High-Tech-Gründer (3,78) auf 10.000 Erwerbsfähige. Auf den weiteren Spitzenplätzen folgen die IHK-Bezirke Hamburg (3,41), München und Oberbayern (3,41) sowie Düsseldorf (3,21). In der forschungsintensiven

Industrie ist die Gründungsintensität vor allem im Umland von dicht besiedelten IHK-Regionen überdurchschnittlich hoch. Unternehmen in der forschungsintensiven Industrie sind vergleichsweise kapitalintensiv. In IHK-Bezirken im Umland von dicht besiedelten Regionen finden Gründer Standorte, die einen physischen Ausbau des Unternehmens ermöglichen. Daneben sind in solchen Regionen auch die Kosten für Ge-

werbeflächen und -immobilien sowie die Finanzierungskosten geringer.

Gute Infrastruktur von Vorteil

Bei Gründungen im High-Tech-Sektor spielt das regionale Umfeld eine entscheidende Rolle. Ballungszentren profitieren von einer guten Wissensinfrastruktur mit Universitäten, Fachhochschulen und Studierenden in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften sowie einer guten Kommunikationsinfrastruktur. Die regionale Verbreitung von hochbitratigem Internet für technologieorientierte Dienstleister und in der Software-Branche hat einen nachweisbaren Effekt auf die Gründungstätigkeit im High-Tech-Bereich.

Rückgang der Gründungsintensität vor allem in ostdeutschen Regionen

Trotz des positiven Ergebnisses in den Ballungszentren verzeichneten die meisten Regionen Deutschlands in den vergangenen Jahren einen Rückgang der Gründungsintensität im High-Tech-Sektor. Im Vergleich zu den Jahren 2002 bis 2005 sind die Gründungsintensitäten in vielen Regionen im Zeitraum 2006 bis 2009 um fünf bis 20 Prozent zurückgegangen. In einigen Bezirken waren es sogar mehr als 20 Prozent. Insbesondere ostdeutsche IHK-Bezirke in Mecklenburg-Vorpommern und Mitteldeutschland sind bei High-Tech-Gründungen insgesamt weiter zurückgefallen.

Die ZEW-Studienreihe High-Tech-Gründungen in Deutschland beleuchtet seit 2006 in Kooperation mit Microsoft jährlich ausgewählte Aspekte von High-Tech-Gründungen wie beispielsweise Finanzierung, Internationalisierung oder Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Die Analysen basieren dabei auf Daten des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP).

Die vollständige Studie findet sich unter: www.zew.de/publikation6086

Dr. Diana Heger, heger@zew.de
Daniel Höwer, hoewer@zew.de
Dr. Bettina Müller, mueller@zew.de

Der High-Tech Sektor in Deutschland

Der High-Tech-Sektor besteht aus der Spitzentechnik, der hochwertigen Technik und den technologieintensiven Dienstleistungen. Dabei werden Branchen mit einer FuE-Intensität von über acht Prozent der Spitzentechnik und zwischen 2,5 und acht Prozent der hochwertigen Technik zugeordnet. Zu den technologieintensiven Dienstleistungen werden Branchen gezählt, die technologisch anspruchsvolle Dienstleistungen (etwa Fernmeldedienste, Datenverarbeitung, FuE-Dienstleister, Architektur- und Ingenieurbüros) anbieten. Der Softwaresektor ist zwar Teil der technologieorientierten Dienstleistungen, er wird jedoch aufgrund seines in der digitalen Welt hohen Stellenwerts separat betrachtet.

Nachgefragt: Zur Zukunft des „grünen“ Stroms in Deutschland

Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien ökonomisch nicht sinnvoll

100 Prozent Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien ist bis zum Jahr 2050 möglich, machbar und bezahlbar – so schreibt der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in seinem aktuellen Gutachten. Professor Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW, erklärt warum dieses Ziel aus ökonomischer Perspektive zu hinterfragen ist.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen erklärt, dass die deutsche Stromversorgung bis zum Jahr 2050 vollständig aus erneuerbaren Energien gespeist werden kann – unter der Voraussetzung, dass Deutschland seine Speichertechnologien und Stromnetze modernisiert und ausbaut. Wie realistisch ist dieses Szenario?

Die Szenarien des SRU-Gutachtens stellen explizit keine Prognose der Zukunft dar, sondern zeigen mögliche und aus SRU-Sicht erstrebenswerte Entwicklungen auf – unter den getroffenen Annahmen. Tatsächlich sollten Emissionen vor allem in der Stromerzeugung reduziert werden, da in diesem Bereich kostengünstige Potenziale bestehen. Erneuerbare Energien stellen hier eine wichtige Option dar, Treibhausgase zu reduzieren. Ob dies dann auch wirtschaftlich ist, hängt von den Annahmen zu Technologien, Lernkurven und Ressourcenpreisen ab. Die meisten anderen Modellrechnungen halten jedoch weder eine vollständige Dekarbonisierung des Stromsektors bis zum Jahr 2050 noch eine vollständige

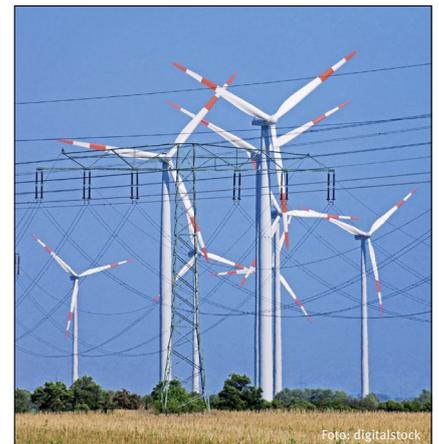
Stromversorgung aus erneuerbaren Energien für ökonomisch sinnvoll.

Gibt es wirtschaftliche Alternativen zum Strom aus 100 Prozent erneuerbaren Energien?

Um klimaschädliche Treibhausgase umfassend und kostengünstig zu vermeiden, sollte der Blick nicht allein auf der Stromerzeugung liegen. CO₂ kann und muss auch in anderen Bereichen, also in Industrie, Verkehr und Haushalten, eingespart werden. Aber im Umbaubereich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Emissionsvermeidung, etwa Effizienzsteigerungen bei konventionellen Kraftwerken oder die verstärkte Nutzung von Gaskraftwerken. Daneben könnte auch die Nutzung von Kohlekraftwerken mit Abscheidung von CO₂ eine Option darstellen. Zudem werden die Kernkraftwerke nach aktueller Gesetzeslage noch fast bis zur Mitte des Jahrhunderts laufen.

Bleibt der Strom bezahlbar, wenn er vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammt?

Mittelfristig wird es durch den Umbau des Energiesystems in jedem Fall zu erheblichen Mehrbelastungen für die Haushalte und Unternehmen kommen. Langfristig könnte die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien aber günstiger sein als die fossile Erzeugung. Dies hängt maßgeblich von der Entwicklung der fossilen Energieträgerpreise, der CO₂-Preise sowie der Kostendegression bei den erneuerbaren Technologien



Ob die Bürger den Ausbau erneuerbarer Energien und der entsprechenden Netzinfrastruktur mittragen, ist fraglich.

ab. Die Stromerzeugung vollständig aus erneuerbaren Energien zu speisen, ist aber trotzdem kein effizientes klimapolitisches Ziel, denn die Kosten zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele sind – wie oben ausgeführt – hierbei höher als bei anderen Optionen.

Wo steht Deutschland, wenn es um die Modernisierung und den Ausbau der Stromnetze für „grünen“ Strom geht?

Der starke Anstieg fluktuierender Windeerzeugung und der vermehrte grenzüberschreitende Stromaustausch machen den Ausbau der Stromnetze, aber auch der Grenzkuppelstellen zu den Nachbarländern zwingend erforderlich. Dieses Problem ist politisch erkannt, aber von den geplanten Netzausbau-Projekten ins-

Prof. Dr. Andreas Löschel leitet seit dem Jahr 2007 den Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Darüber hinaus ist er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Löschel fungiert als Leitautor für den 5. Sachstandsbericht (2010-2014) des Weltklimarates (IPCC). Er hat in umweltökonomischen Fragen unter anderem das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament beraten.



Foto: ZEW

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

besondere zur Anbindung der Küsten wird bisher nur ein kleiner Teil angegangen. Erst wenn tatsächlich der Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung konsequent gesteigert wird, wird sich zeigen, ob die Bürger bereit sind, die damit verbundenen Zusatzkosten zu tragen und einen weiteren Ausbau etwa der Windenergie und der dazugehörigen Netzinfrastruktur zu akzeptieren. Dies wird häufig ausgeblendet. Wir sehen aber bereits die Debatten beim Bau von Überlandleitungen, den Widerstand ge-

gen Windkraftanlagen oder beim Anstieg der EEG-Umlage.

Hat Deutschland mit der massiven Förderung der Solarenergie den erneuerbaren Energien insgesamt einen Bärendienst erwiesen?

Ja, das Erneuerbare Energien Gesetz erlebt seine wohl größte Krise. Jahrelang wurde bei der Förderung der Erneuerbaren die ökonomische Effizienz außen vorgelassen, und der Erfolg allein am Zubau gemessen. Der durch die Überförderung ausgelöste Bauboom bei

neuen Solaranlagen war Erfolgsausweis deutscher Umweltpolitik. Wer sich die Investition leisten konnte, erzielte ökologisch korrekte, hohe Renditen – bezahlt durch die Allgemeinheit. Das Problem ist aber, dass die Bürger grüne Energie zwar generell toll finden, dafür aber nicht besonders tief in die Tasche greifen möchten. Umso wichtiger ist es, dass sich kostengünstige erneuerbare Technologien durchsetzen.

Prof. Dr. Andreas Löschel, loeschel@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Wenig Anlass bei der Lohnpolitik umzusteuern

Deutschlands Wirtschaft hat die schwerste Rezession der Nachkriegsgeschichte in robuster Verfassung überstanden. Es mehren sich die Stimmen, die ein Ende der Lohnzurückhaltung fordern, damit die Arbeitnehmer am Aufschwung teilhaben. Vorsicht ist jedoch geboten.

Deutschland steht in diesem Jahr vor einer schwierigen Tarifrunde. Die Anzahl der Arbeitslosen ist auf beinahe drei Millionen gesunken. Aus den Unternehmen kommen wieder Erfolgsmeldungen. Umsätze und Gewinne steigen. Die Gewerkschaften dürften in die kommenden Lohnverhandlungen mit den höchsten Forderungen seit langem gehen. Sie versprechen, dass ein kräftiges Plus beim Lohn den privaten Konsum ankurbeln und die Konjunktur weiter stärken würde.

Moderate Lohnpolitik schafft Handlungsspielraum in Krisenzeiten

Tatsächlich gibt es derzeit jedoch wenig Anlass, das Steuer am Kurs der Lohnpolitik herumzureißen. In der aktuellen Lage ist Lohnzurückhaltung allein schon ein Gebot der Vorsicht, denn das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt fragil. Deutschland sollte jedenfalls darauf vorbereitet sein, dass noch größere Verwerfungen an den Finanzmärkten auftreten, die dann die Exportnachfrage erneut einbrechen lassen könnten. Eine vorsichtige Lohnpolitik würde helfen, dass die Unternehmen in möglichen künftigen Krisensituationen ausreichende Reserven be-

halten und damit Handlungsspielraum zur Verfügung haben.

Vor allem aber gilt es darauf hinzuweisen, dass das anhaltende deutsche Beschäftigungswunder nicht nur ein Ergebnis der mit den Hartz-Gesetzen eingeleiteten Strukturreformen am Arbeitsmarkt ist. Es ist vielmehr auch der Erfolg einer seit den 1990er Jahren geübten lohnpolitischen Zurückhaltung. Lange Jahre haben die Gewerkschaften eine beschäfti-

gungsorientierte Regel mitgetragen, nach der sich die reale Lohnentwicklung an der langfristigen Produktivitätsentwicklung orientieren und sogar etwas dahinter zurückbleiben sollte.

Die sich aus dieser Strategie ergebenden Kostenvorteile haben die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren und Dienstleistungen im Ausland spürbar gestärkt. Zudem erhält die Binnennachfrage mit den Höchstständen bei der Beschäftigung, die ja keineswegs nur einem Aufwuchs an atypischen und geringfügigen Arbeitsverhältnissen zu verdanken sind, eine solidere Basis. Arbeitslose, die wegen zu hoher Lohnkosten keine Beschäftigung haben, sind nun einmal schlechte-



Deutschland steht vor einer schwierigen Tarifrunde - Arbeitskämpfe inbegriffen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

re Konsumenten als Beschäftigte, deren Löhne bei einer beschäftigungsorientierten Tarifpolitik weniger rasch steigen.

Der Anker einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik ist die langfristige Trendentwicklung bei der Arbeitsproduktivität, also der Wertschöpfung je Beschäftigtem. Es gibt derzeit wenig Grund zu der Annahme, dass die globale Finanzkrise den Expansionspfad dieser Orientierungsmarke in Deutschland nachhaltig verändert hätte. Zwar hat die Arbeitsproduktivität in Deutschland zuletzt stark zugenommen. Dies ist jedoch eine quasi automatische Folge der auf den Erhalt des betriebspezifischen Humankapitals zielenden Personalpolitik während der Krise. Weil viele Unternehmen auf den Nachfrageinbruch mit Kurzarbeit reagierten statt ihren Beschäftigtenbestand trotz leerer Auftragsbücher zu verringern, fiel die Wertschöpfung gemessen an der Zahl der Beschäftigten auf dem Höhepunkt der Krise auf einen historischen Tiefststand. Insofern sind die aktuell starken Produktivitätszuwächse

vor allem der Ausdruck einer Rückkehr zum Normalzustand. In etlichen Teilen der deutschen Wirtschaft ist aber selbst das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Schon von daher liefert die aktuelle Produktivitätsentwicklung nur eine schlechte Rechtfertigung für hohe Lohnforderungen.

Lohnstückkosten liegen über dem Vorkrisenniveau

Hinzu kommt ein weiterer Faktor, der ebenfalls mit dem starken Einbruch der Stundenproduktivität auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise zusammenhängt. Folgt man den Schätzungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, hätten die Löhne absolut um zwei Prozent fallen müssen, um in dieser Situation einen Anstieg der realen Lohnstückkosten zu verhindern. Stattdessen aber blieben die Löhne nach unten starr und stiegen sogar leicht. In der Folge ist der Kostendruck in den Unternehmen im Hinblick auf den Fak-

tor Arbeit und damit die Wahrscheinlichkeit von Beschäftigungsabbau gewachsen. Dieser Kostenschock wird solange nachwirken wie er nicht durch Lohnabschlüsse neutralisiert wird, die den durch die Produktivitätsentwicklung vorgegebenen beschäftigungsneutralen Verteilungsspielraum nicht komplett ausschöpfen.

Diese Neutralisierung ist bisher nur zum Teil gelungen. Zwar blieben die Lohnabschlüsse im letzten Jahr trotz der stark anziehenden Konjunktur relativ moderat. Insgesamt gesehen war die Lohnzurückhaltung aber zu gering, um die Lohnstückkosten wieder auf das Vorkrisenniveau herunter zu bringen. Von daher wird es noch eine längere Phase lohnpolitischer Zurückhaltung brauchen, die die moderate Tarifpolitik des letzten Jahrzehnts weiter fortführt. Dies gilt insbesondere für die deutsche Industrie. Sie war vom Exporteinbruch erheblich stärker betroffen als der deutsche Dienstleistungssektor und kämpft entsprechend mit einem sehr viel markanteren Anstieg der Lohnstückkosten.

ZEW INTERN

Schüler zu Gast am ZEW

Mitte Dezember 2010 besuchten Schüler einer zehnten Klasse des Werner-Heisenberg-Gymnasiums aus Weinheim das ZEW. Nachdem ihnen die Forschungsfelder, der Auftrag und die Ziele des ZEW vorgestellt wurden, hatten die Jugendlichen Gelegenheit im Gespräch mit einem jungen Wissenschaftler des Instituts sowie in der Diskussion mit dem Präsidenten des ZEW, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, aus erster Hand zu erfahren, was empirische Wirtschaftsforschung bedeutet.



Interesse zeigten die Schüler an der Tätigkeit von ZEW-Präsident Wolfgang Franz als Chef der "Wirtschaftsweisen".

Nichts spricht gegen individuelle Betriebsvereinbarungen

Das unterschiedliche Bild für Industrie- und Dienstleistungssektor zeigt, dass es eine generelle Empfehlung für die Tarifrunde 2011 nicht geben kann. Auch gibt es in der Industrie heute schon Unternehmen, die ihre Arbeitskosten im Griff haben und von der Ertragslage her blendend dastehen. In diesen Fällen spricht nichts dagegen, wenn auf individueller Ebene vom generellen Kurs einer beschäftigungsorientierten Tariflohnpolitik abgewichen wird. Das geeignete Instrument hierfür sind Betriebsvereinbarungen, die das kollektive Verhandlungsergebnis so verbessern, dass die Beschäftigten gemäß ihrer Leistung am Erfolg ihres Unternehmens teilhaben. Allerdings sollten diese dezentral vereinbarten Lohnzuschläge von vornherein zeitlich befristet werden. Im Fall eines Nachfrageschocks lässt sich ein Anstieg der Lohnstückkosten über automatisch beendete Zuschläge generell leichter nach unten korrigieren als über Zurückhaltung beim Lohnwachstum.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

Volker Wieland spricht beim ZEW Research Seminar

Ende Januar gab es im Rahmen des ZEW Research Seminars ein besonderes Highlight. Prof. Volker Wieland, Ph.D. von der Goethe Universität Frankfurt, hielt einen Vortrag über neue Ansätze der wirtschaftspolitischen Analyse nach der Finanz- und Wirtschaftskrise.



Volker Wieland stellte neue Ansätze der makroökonomischen Politikanalyse am ZEW vor.

Zu Beginn seines Vortrags ging Wieland auf die aktuelle Kritik der Medien an der Makroökonomik ein. So hätten Ökonomen die Finanzkrise nicht vorhergesagt, ebenso seien die verwendeten allgemeinen dynamischen Gleichgewichtsmodelle realitätsfern. Als Antwort auf diese Kritik präsentierte Wieland, wie sich die Robustheit der makroökonomischen Politikanalyse nach der Erfahrung mit der Finanz-

krise seiner Auffassung nach verbessern kann: Im Zentrum seines Vorschlags steht der Aufbau einer Plattform im Internet, die mit verschiedenen Modellen arbeitet und so eine vergleichende Analyse über verschiedene Erklärungsansätze erlaubt. Durch die erhöhte Konkurrenz der Modelle sollen robustere Politikempfehlungen erstellt werden und Forschungsergebnisse einfacher zu überprüfen sein. Außerdem

sollen dynamische stochastische Modelle der Gesamtwirtschaft mit einem Banken- und Finanzsektor sowie Abweichungen von rationalen Erwartungen weiterentwickelt werden.

Am Beispiel der Finanzkrise zeigte Wieland ferner, dass die gängigen Modelle zwar die Rezession nicht richtig vorhergesagt, Expertenschätzungen aber zugleich noch schlechter abschnitten. Dies sei bemerkenswert, da Experten nicht auf bestimmte Variablen festgelegt seien und deshalb mehr Spielraum bei der Prognose hätten. Abschließend betrachtete er die Stimuluspakete während der Finanzkrise mit verschiedenen Modellen und kam zu der Schlussfolgerung, dass die Auswirkungen der Krise auf das BIP weniger schlimm waren als erwartet.

Beim ZEW Research Seminar geben ZEW-Wissenschaftler und externe Referenten Einblicke in den Forschungsstand ausgewählter Fachgebiete und Forschungsprojekte. Besondere Höhepunkte sind die Vorträge renommierter nationaler und internationaler Wissenschaftler.

Volker Wieland ist Professor für Geldtheorie und –politik an der Goethe Universität Frankfurt. Nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg, der State University of New York at Albany und dem IFW Kiel promovierte er 1995 an der Stanford University. Bis zu seinem Wechsel nach Frankfurt war er als (Senior) Ökonom für das Federal Reserve Board in Washington tätig. 2008 erhielt er den Wim Duisenberg Research Fellowship der EZB. Wieland forscht zur Fiskal- und Geldpolitik, Konjunkturzyklen und makroökonomischen Modellen, wobei er unter anderem durch Arbeiten zur Verminderung von Deflationsrisiken und einer robusten Zinspolitik bekannt wurde. Weiterhin arbeitet er an der Entwicklung einer vergleichenden Analyse verschiedener makroökonomischer Modelle.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Sarah Borgloh, Friedrich Heinemann, Alexander Kalb, Friedhelm Pfeiffer, Karsten Reuß, Berthold U. Wigger

Staatliche Anreize für private Bildungsinvestitionen

Die Autoren plädieren für eine Reform der Bildungsfinanzierung. Diese sollte nach ökonomischen Kriterien gestaltet werden, um über den Lebenszyklus optimierte Bildungsinvestitionen zu erreichen. Um dieses Ziel zu unterstützen, sollten einerseits die öffentlichen Investitionen in die Kindesentwicklung vor Eintritt in die Schule aufgestockt und stärker auf sozioemotional benachteiligte Kinder fokussiert werden. Andererseits sollten private Bildungsinvestitionen in der tertiären Bildung und beim lebenslangen Lernen gestärkt werden. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellt.

ZEW Wirtschaftsanalysen, Band 99, Nomos Verlag, Baden-Baden, ISBN: 978-3-8329-6310-1

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftler ausgezeichnet

Die am ZEW entstandene Studie „Diversification Benefits from Securitized Real Estate for International Portfolios“ wurde mit dem Best Refereed Conference Paper Award 2011 der Pacific Rim Real Estate Society ausgezeichnet. Die Autoren des Papers, Tim-Alexander Kröncke und Prof. Dr. Felix Schindler, nahmen die Auszeichnung im Rahmen der Pacific Rim Real Estate Society Conference 2011 entgegen. Ihr Paper befasst sich mit den Diversifikationsmöglichkeiten an den internationalen Vermögensanlagemärkten. Die Untersuchungen zeigen, dass ausgehend von einem



Felix Schindler



Tim-Alexander Kröncke

Portfolio, das in US-amerikanische Anleihen, Aktien und Immobilien investiert ist, internationale Immobilienanlagen ein größeres Diversifikationspotenzial besitzen als globale Aktieninvestments. Dieser Effekt tritt besonders deutlich hervor, wenn das mit internationalen Anlagen verbundene Währungsrisiko abgesichert wird. Die Ergebnisse erweisen sich unter Berücksichtigung von Anlagerestriktionen und in einer Out-of-Sample Analyse als auch im Zeitablauf als weitgehend robust. Das Paper findet sich unter www.zew.de/publikation6120

Prof. Dr. Irene Bertschek Professorin der Universität Mannheim



Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin der Forschungsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, wurde zur Professorin für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Angewandte Empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Mannheim ernannt. Die Professur ist der Fakultät für Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre zugeordnet und wird von der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz gefördert.

Prof. Dr. Michael Schröder Professor an der Frankfurt School of Finance and Management



Prof. Dr. Michael Schröder, Leiter des Forschungsbereichs Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, übernimmt eine Professur für Asset Management an der Frankfurt School of Finance and Management. Die Professur ist dem Finance Department zugeordnet. Habilitiert hatte sich Schröder im Jahr 2009 an der Universität Stuttgart. Er erhielt die Lehrbefugnis für Betriebswirtschaftslehre.

DISCUSSION PAPER

Nr. 11-015, Stephan Dlugosz: Clustering Life Trajectories - A New Divisive Hierarchical Clustering Algorithm for Discrete-valued Discrete Time Series.

Nr. 11-014, Björn-Martin Kurzrock, Frieder Mokinski, Felix Schindler, Peter Westerheide: Do Residential Property Companies Systematically Adjust Their Capital Structure? The Case of Germany.

Nr. 11-013, Stephan Dlugosz: Combined Stochastic and Rule-based Approach to Improve Regression Models with Mismeasured Monotonic Covariates Without Side Information.

Nr. 11-012, Tim-Alexander Kröncke, Felix Schindler: International Diversification with Securitized Real Estate and the Veiling Glare from Currency Risk.

Nr. 11-011, Steffen Osterloh: Can Regional Transfers Buy Public Support? Evidence from EU Structural Policy.

Nr. 11-010, Dirk Czarnitzki, Katrin Hussinger, Cédric Schneider: R&D Collaboration with Uncertain Intellectual Property Rights.

Nr. 11-009, Dirk Czarnitzki, Christoph Grimpe, Andrew A. Toole: Delay and Secrecy: Does Industry Sponsorship Jeopardize Disclosure of Academic Research?

Nr. 11-008, Katja Coneus, Andrea Mühlenweg: Orphans at Risk in Sub-Saharan Africa: Evidence on Educational and Health Outcomes.

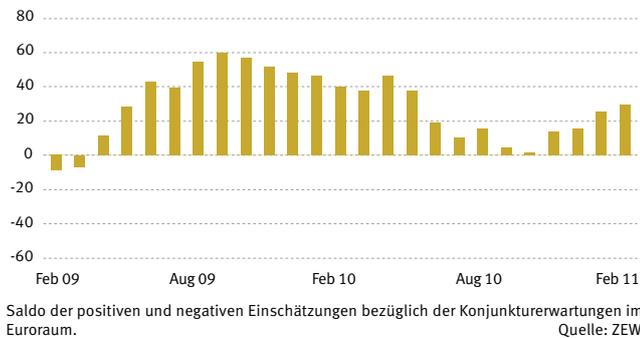
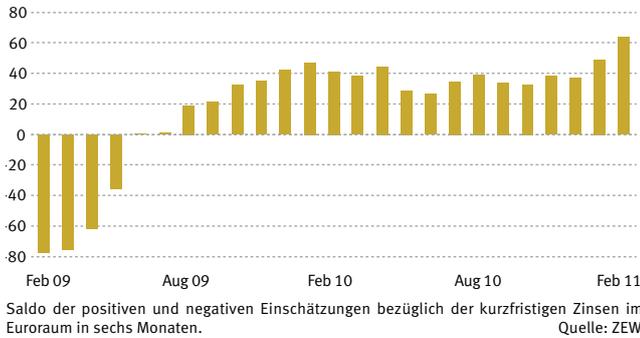
Nr. 11-007, Bettina Büttner, Hendrik Thiel, Stephan Lothar Thomsen: Variation of Learning Intensity in Late Adolescence and the Impact on Noncognitive Skills.

EXPERTENSEMINARE

- 12.04. – 13.04.2011 Scientific Talks in English, Brüssel
 09.05.2011 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I; Vektor-Autoregressive Modelle
 09.05. – 10.05.2011 Mitarbeitereinsatz im Ausland: Arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtliche Chancen, Risiken und Gefahren
 10.05.2011 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II; Nichtstationäre Zeitreihen u. Kointegration
 11.05.2011 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III; Erstellung von Prognosemodellen
 17.05. – 18.05.2011 Wissenschaftliche Besprechungen und Diskussionen moderieren
 23.05.2011 Moderne Unternehmensbewertung für Fortgeschrittene

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2011



EZB: Reaktion auf Inflationsgefahr erwartet

Die Inflationsrate von derzeit zwei Prozent in Deutschland stellt noch keine Bedrohung für die Preisstabilität dar. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nach Auffassung der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten die Inflationsrate auf Sicht der nächsten sechs Monate weiter steigen wird. Dass eine Mehrheit von fast zwei Dritteln der Befragten mit steigenden kurzfristigen Zinsen in der Eurozone rechnet, hängt wohl vor allem damit zusammen, dass die Experten der Europäischen Zentralbank (EZB) ein entschlossenes Vorgehen gegen aufkommende Inflationsgefahren zutrauen.

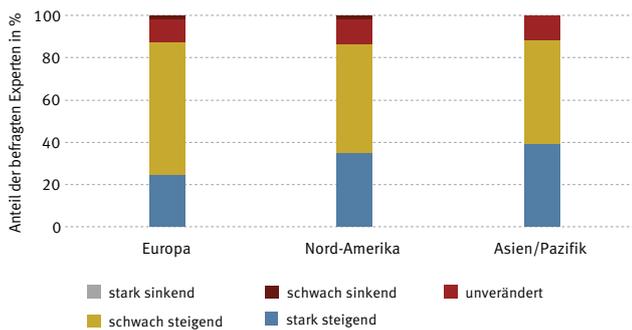
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Deutschlands Nachbarländer holen auf

Die Finanzmarktexperten gehen davon aus, dass sich die bislang große Schere zwischen dem konjunkturell starken Deutschland und einigen anderen Ländern der Eurozone teilweise schließen wird: Der Indikator, der die aktuelle wirtschaftliche Lage in der Eurozone widerspiegelt, hat um 12,2 Punkte auf 6,1 Punkte zugelegt und befindet sich somit erstmalig seit Juni 2008 wieder im positiven Bereich. Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone liegen mit 29,5 Punkten sogar höher als der entsprechende Indikator für Deutschland (15,7 Punkte).

Christian David Dick, dick@zew.de

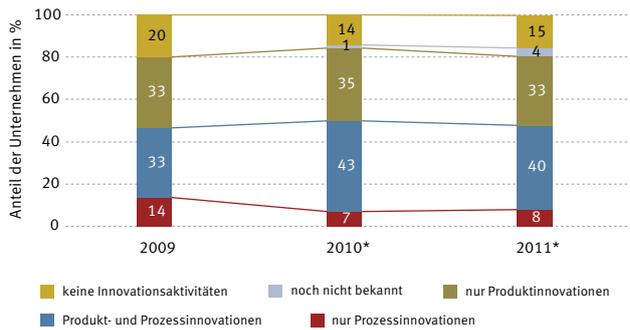
Starker Preisanstieg bei der Luftfracht – vor allem Richtung Asien



Der starke Preisanstieg in der Luftfracht hält nach Einschätzung der von ProgTrans/ZEW befragten Experten im kommenden halben Jahr in allen drei Teilmärkten an: 85 bis 90 Prozent erwarten einen Preisanstieg, der am wenigsten stark im Europaverkehr und am stärksten im Asien-/Pazifik-Verkehr gesehen wird. Auf den Asien-/Pazifik-Routen rechnen aktuell nahezu 40 Prozent der Experten mit einer Preissteigerung von mehr als drei Prozent. Neben begrenzten Kapazitäten dürften hier auch Kostensteigerungen durch erhöhte Sicherheitsanforderungen und steigende Treibstoffpreise eine wichtige Rolle spielen.

Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Zunehmende Innovationsbeteiligung in der Chemie- und Pharmaindustrie



* Planzahlen vom Frühjahr/Sommer 2010

Die Chemie- und Pharmaindustrie ist die Branche mit dem höchsten Anteil von Unternehmen, die Innovationsaktivitäten durchführen. Selbst im Krisenjahr 2009 investierten vier von fünf Unternehmen in neue Produkte und Prozesse. Mit dem Wirtschaftsaufschwung ist dieser Anteil im Jahr 2010 voraussichtlich weiter auf rund 85 Prozent gestiegen. Der Anteil der Unternehmen, die sowohl Produkt- als auch Prozessinnovationen vorantreiben, nimmt dabei kräftig auf 43 Prozent zu (2009: 33 Prozent). Auch im Jahr 2011 werden über 80 Prozent der Chemie- und Pharmaunternehmen Innovationsprojekte vornehmen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Wirtschaftsregierung

Im März dieses Jahres wollen die Staats- und Regierungschefs der EU über den am 4. Februar 2011 geplanten „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ befinden. Dieser Pakt, häufig als „Wirtschaftsregierung“ betitelt, zielt auf eine engere wirtschaftspolitische

Zusammenarbeit der EU-Staaten ab, um mit Hilfe „harmonisierter Bedingungen der nationalen Märkte und Systeme“ – so die Verlautbarung seitens des Bundeskanzleramts – systematisch die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Volkswirtschaften zu steigern. Der beabsichtigte Pakt geht damit weit über die im vergangenen Jahr beschlossene Überwachung der staatlichen Budgets der Mitgliedsstaaten, „das Europäische Semester“, hinaus. Als Rechtsgrundlage soll Artikel 136 des Lissabon-Vertrags dienen, nach dem der Europäische Rat für die Mitgliedsstaaten des Euroraums Grundzüge der Wirtschaftspolitik erlassen kann, um ein reibungsloses Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Insbesondere die Bundesregierung legt indes großen Wert darauf, dass EU-Staaten, deren Währung nicht der Euro ist, wie etwa Polen und das Vereinigte Königreich, dem Pakt beitreten.

Der Begriff Wirtschaftsregierung hat es in sich, weil er sehr interpretationsbedürftig ist. Die Verfechter sehen darin die Chance, endlich den ins Stocken geratenen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integrationsprozess innerhalb der EU voranzubringen. Mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik könne Krisenprävention betrieben werden, um eine wesentliche Krise im Euroraum, nämlich finanzpolitisches Fehlverhalten in einigen Staaten, zu unterbinden. Kritiker dagegen fürchten das Ende eines förderlichen Wettbewerbs nationaler Regeln, etwa im Bereich der Steuersysteme, eine Entmachtung der nationalen Parlamente, denen eine ihrer wichtigsten Kompetenzen, die Haushaltspolitik, entzogen würde, und schließlich zumindest eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Maßgeblich für die Einschätzung des geplanten Pakts sind zwei Kriterien. Zum einen geht es darum, mit welchen konkreten Maßnahmen in welche unter nationaler Hoheit befindlichen

Systeme eingegriffen werden soll. Zum anderen ist zu fragen, wie es um die Durchsetzung sinnvoller Harmonisierungsziele bestellt sein wird.

Als mögliche Ansatzpunkte einer harmonisierten Wirtschaftspolitik werden die öffentliche Verschuldung, die Steuersätze, die Rentensysteme und die Lohnstückkosten genannt. Hier gilt es sorgfältig zu unterscheiden. Wenn andere Länder dazu gebracht werden können, die Neuverschuldung ihrer öffentlichen Haushalte in den Griff zu bekommen, ist das ebenso sinnvoll und notwendig wie die Bewältigung der Herausforderung, die gesetzlichen Rentensysteme demografiefest zu machen. Zwar spricht wenig dagegen, die deutsche Regelung einer „Schuldenbremse“ als Orientierungshilfe zu wählen, jedoch sollte hierbei die implizite Staatsverschuldung in Gestalt späterer Pensionsverpflichtungen des Staats nicht aus dem Blickfeld geraten. Vorsicht ist indessen bei der Steuerpolitik angesagt. Nur allzu behände sind Politiker aus Hochsteuerländern mit dem Vorwurf eines „unfairen Steuerwettbewerbs“ bei der Hand, selbst bei Ländern, welche bestimmte Aufgaben dem privaten Sektor überlassen oder staatliche Leistungen effizienter, das heißt verbunden mit einer geringeren Steuerleistung, erbringen. Vollends diffus stellt sich eine Harmonisierung der Lohnpolitik angesichts einer Tarifautonomie dar. Was soll die Bundesregierung denn unternehmen, falls Deutschland einer zuwenig expansiven Lohnentwicklung geziehen würde. Die Beamtengehälter drastisch erhöhen?

Im Hinblick auf die Durchsetzbarkeit des Paktes schweigen sich bisherige Verlautbarungen über den Pakt aus. Von etwaigen Sanktionen gleich welcher Art ist keine Rede. Ohne diesbezügliche effektive Regeln wird der „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ das gleiche Schicksal nehmen wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt oder die Lissabon-Agenda. Dann bleibt es auf den einschlägigen Zusammentreffen der EU-Regierungschefs in Brüssel bei dem sympathischen pfälzischen Motto: „Wir haben mal darüber geredet.“

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010